

Juni 2014

Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder,

es ist mir eine große Freude, meinen ersten Leitartikel als neu gewählter Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments an Sie richten zu dürfen. Zunächst einmal möchte ich den vielen Kollegen danken, die sich im April anlässlich der jährlichen Hauptversammlung auf den Weg nach Brüssel gemacht haben, sowie auch denjenigen, die ihre Stimme durch einen Bevollmächtigten abgegeben haben. Im Namen des neuen Ausschusses möchte ich Ihnen meinen Dank für das in uns gesetzte Vertrauen aussprechen. In dieser Ausgabe finden Sie alle weiteren Informationen zum Wahlergebnis und ausgewähltes Fotomaterial von der Sitzung und dem darauf folgenden Mittagessen.

Ganz besonders möchte ich an dieser Stelle Pat Cox würdigen, der dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments als Vorsitzender in den vergangenen vier Jahren große Dienste geleistet hat. Mit seiner hingebungsvollen Arbeit und seinem persönlichen Engagement hat er für die Außenwirkung des Vereins und dessen Ansehen und Zukunftsvision Großartiges geleistet. Für seine langjährige Mitarbeit stehen wir, die Mitglieder, tief in seiner Schuld. Auch im Namen unserer Mitglieder möchte ich Mario Forte und Bryan Cassidy, den scheidenden Mitgliedern des Vereinsausschusses, für ihre langjährige, engagierte Ausschusstätigkeit meinen Dank aussprechen. Bei dieser Gelegenheit heiße ich die neu gewählten Ausschussmitglieder Anthony Simpson und Andrea Manzella herzlich willkommen.

In dieser Zeit, die in ganz Europa im Zeichen der Wahl steht, hat sich der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments während einer intensiven zweitägigen Sitzung im Parlament neu formiert. Am 8. April hielt der Verein eine Informationsveranstaltung über den neu gegründeten Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments ab. Zu diesem Anlass hielt Alfredo De Feo, Direktor der Bibliothek, einen Vortrag mit dem Titel „Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments: ein Dienst für die Mitglieder oder die Bürger?“. In dieser Ausgabe finden Sie einen Artikel von Herrn De Feo zu diesem neuen Dienst. Außerdem hielt Stephen Clark, Direktor für die Beziehungen zu den Bürgern, exklusiv für unsere Mitglieder einen Vortrag über die Kommunikationskampagne des Europäischen Parlaments im Rahmen der Europawahl 2014. Darin erläuterte er ausführlich Sinn und Zweck der großformatigen Kommunikationsmittel, Videoaufnahmen und anderen visuellen Mittel.

Auf die aufschlussreichen Vorträge folgte die sechste Gedenkfeier. Zum ersten Mal hatte das Europäische Parlament beschlossen, die Veranstaltung gemeinsam mit dem Verein der ehemaligen Mitglieder abzuhalten. Zu den Anwesenden gehörte auch Vizepräsident Alejo Vidal-Quadras, der als Vertreter für Präsident Martin Schulz erschienen war. Es war eine sehr bewegende Feier. Zur Freude der zu diesem Anlass zahlreich erschienenen Anwesenden sprach der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, und die ehemaligen wie auch die derzeitigen Mitglieder des Europäischen Parlaments erwiesen ihren verstorbenen Kollegen die letzte Ehre.

Der diesjährige Cocktail mit Dinner Debatte fand anschließend im Speisesaal des Präsidenten statt. Gast dieser fröhlichen Veranstaltung war Eduardo Barredo Capelot, Direktor für Sozialstatistik bei Eurostat, der eine Rede zum Thema „Statistik und die Politik der EU“ hielt,

auf die eine Vielzahl an Fragen und Anmerkungen folgte, die der Redner auf wissenschaftliche Art beantwortete. Einen Artikel von Herrn Barredo Capelot zu diesem wichtigen Thema finden Sie in dieser Ausgabe.

Während die Ausgabe dieses Trimesters in den Druck geht, findet der alljährlich vom Verein der ehemaligen Mitglieder organisierte eintägige Besuch des Jahres 2014 statt: Unter meiner Leitung wird eine Gruppe von Mitgliedern den Internationalen Strafgerichtshof, Europol und Eurojust im niederländischen Den Haag besuchen. Ein Bericht über diesen Besuch wird in der nächsten Ausgabe des Mitteilungsblatts erscheinen.

Während der Hauptversammlung am 9. April gab der Präsident bekannt, dass der diesjährige Studienbesuch im Kosovo stattfindet, höchstwahrscheinlich im Herbst, gleich im Anschluss an die Wahlen in diesem noch jungen Staat. Uns erwartet ein großartiges Programm: Geplant sind Zusammentreffen mit Mitarbeitern der Staatsorgane sowie mit Vertretern der Minderheiten, und es geht darum, die dringenden Belange des Kosovo anzugehen. Dieser Besuch ist eine Reaktion auf die jüngste Entwicklung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien sowie die Unterzeichnung eines Abkommens über Grenzkontrollen zwischen den beiden Ländern unter Leitung der EU. Es ist eine gute Gelegenheit, die Erfolge des langwierigen Prozesses, für den sich die ehemaligen Feinde mit Blick auf eine friedliche Einigung, hauptsächlich im Rahmen der europäischen Integration, engagiert haben, aus erster Hand zu sehen. Um den Weg zu bereiten und die Problematik in den westlichen Balkanstaaten und insbesondere im Kosovo besser verstehen zu können, haben wir Eduard Kukan, den derzeitigen Vorsitzenden der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo, gebeten, einen Artikel über die aktuelle Lage zu diesem entscheidenden Zeitpunkt in der Geschichte des Kosovo zu verfassen. Auch die europäische Einrichtung EULEX hat mit dem Artikel über ihre Tätigkeit im Kosovo einen Beitrag zu diesem Mitteilungsblatt geleistet.

Erlauben Sie mir zu guter Letzt noch eine persönliche Anmerkung: Es ist mir eine große Ehre, zum Vorsitzenden des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt worden zu sein. Ich sehe den anspruchsvollen Aufgaben im kommenden Jahr und der Zusammenarbeit mit den Kollegen im Ausschuss mit Freude entgegen. Gemeinsam werden wir die Rolle und das Profil des Vereins weiter stärken bzw. schärfen und das Veranstaltungsangebot für unsere Mitglieder ausbauen.

Mit besten Grüßen

Enrique Barón Crespo
Vorsitzender des VEM

Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments: ein Dienst für die Abgeordneten oder die Bürger?

Im Generalsekretariat des Europäischen Parlaments wurde eine großangelegte Umstrukturierung vorgenommen. Im Zuge dessen wurde am 1. November 2013 die neue Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst (GD EPRS) eingerichtet, die den Mitgliedern des Europäischen Parlaments unabhängige, objektive und verlässliche Analysen sowie Forschungsarbeiten zur Verfügung stellt und sie dadurch bei ihrer parlamentarischen Arbeit unterstützt.

In dieser Generaldirektion wurden einige bereits bestehende Dienststellen, die Analysen erstellen oder Unterstützung für die Mitglieder und/oder die Ausschüsse zu leisten hatten, zusammengeführt – die Direktion Bibliothek (vormals Teil der GD PRES) und die Direktion für Folgenabschätzung und Europäischen Mehrwert (vormals Teil der GD Interne Politikbereiche) – und es wurde eine gänzlich neue Direktion hinzugefügt: Der wissenschaftliche Dienst für die Mitglieder stellt maßgeschneiderte Briefings und Forschungsarbeiten für einzelne MdEP zusammen sowie eine Reihe zusammenfassender Publikationen, die an alle Mitglieder gerichtet sind. Gemeinsam bilden sie den Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments, der zum Ziel hat, umfassende Recherchen und Analysen zur Verfügung zu stellen, wie es in vielen parlamentarischen Demokratien weltweit bereits praktiziert wird.

Die Aufgabe der Generaldirektion ist es, die Abgeordneten bei ihrer parlamentarischen Tätigkeit zu unterstützen, indem sie mit unabhängigen, objektiven und verlässlichen Analysen politischer Themen mit Bezug zur Europäischen Union sowie mit weiteren Forschungsarbeiten versorgt werden.

Die GD soll zudem die Möglichkeiten der Mitglieder und Ausschüsse zur Überwachung und Überprüfung der Europäischen Kommission und anderer ausführender Organe während des EU-Politikzyklus und des Rechtsetzungsprozesses erweitern.

Aufgabe der GD EPRS ist aber nicht nur, die Unterstützung der Mitglieder zu verbessern, sondern auch, eine öffentliche Präsenz durch einen Internetauftritt zu schaffen, über den ihre Veröffentlichungen auch der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Die GD EPRS hat die Genehmigung erhalten, eine externe, Blog-ähnliche Website einzurichten, auf der die meisten ihrer Arbeiten präsentiert werden. Über diese Ressource steht den MdEP ein breit gefächertes Angebot statistischer Informationen zur Verfügung, darunter Tabellen, Grafiken und Kartenmaterial.

Die Website wird über die Kanäle der sozialen Medien beworben – den Twitter-Account @EP_ThinkTank und die Facebook Seite European Parliamentary Research Service.

Diese Websites befinden sich noch in der Aufbauphase, und es ist vorgesehen, dass die Verbesserungen bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein werden. Darüber hinaus wurde im Rahmen der GD EPRS ein Referat namens „AsKEP“ eingerichtet, das der Beantwortung von Bürgeranfragen dient und die Abgeordneten über die wichtigsten Themenbereiche, die die Bürger interessieren, informieren soll.

Außerdem werden im historischen Archiv über vier Millionen Dokumente aus den Jahren 1952 bis 2009 verwahrt, sodass die historischen Quellen des Parlaments erhalten bleiben. Die Mehrzahl dieser Dokumente kann von der Öffentlichkeit eingesehen und über diese Dienststelle angefordert werden.

Ich halte es für wichtig, die neu eingerichteten Dienste vorzustellen, da sie es den ehemaligen Mitgliedern ermöglichen, noch enger mit den Aktivitäten des Europäischen Parlaments verbunden zu bleiben, insbesondere über die sozialen Medien.

Websites, über die die ehemaligen Mitglieder Informationen über die Produkte des EPRS erhalten können:

Blog der GD EPRS: <http://www.epthinktank.eu>
Graphics Warehouse: <http://epthinktank.eu/graphics-warehouse/>

Twitter Account: @EP_ThinkTank

Facebook Seite des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments:
<https://www.facebook.com/EPThinkTank>

„AskEP“ (Bürgeranfragen):

<https://www.secure.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/askEP.html>

Historisches Archiv:

<http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00756b7dba/Holding-and-collections.html>

**Alfredo De Feo,
Direktor der Bibliothek, EPRS**

Statistik und die Politik der EU

Statistische Daten sind wesentlich für eine demokratische Gesellschaft, da sie relevante Informationen liefern, die die Grundlage für eine faktengestützte Entscheidungsfindung und Politikgestaltung darstellen. Die Unionspolitik in Europa stützt sich auf Daten, die durch die Überwachung der Wirtschaftspolitik bis hin zum Follow-up der Strategie „Europa 2020“ erhoben werden, um nur zwei Beispiele zu nennen, und sie wird anhand dieser Daten bewertet. Es ist für die Politik, insbesondere im Bereich Soziales, unerlässlich, die Indikatoren mit Blick auf vorab festgelegte Ziele zu überwachen, und das ist nur auf der Grundlage vergleichbarer und harmonisierter Statistiken von hoher Qualität möglich. Das Europäische Semester beginnt mit einer Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Ländern, einer höchst anspruchsvollen Aufgabe für die Statistik. Die Verteilung der Mittel an die Regionen der EU, die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten zum Haushalt der Union, die Entscheidung über eine Einleitung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit oder die Anzahl der Stimmen, die für die Annahme eines Beschlusses im Rat mit qualifizierter Mehrheit notwendig ist, sind nur einige Beispiele dafür, wie Statistik in der Verwaltung auf EU-Ebene eingesetzt wird. Dementsprechend ist Statistik für die Agenda der EU von zentraler Bedeutung.

Um dieser wichtigen Aufgabe gerecht werden zu können, müssen Statistiken zuverlässig und vertrauenswürdig sein. Für diesen Zweck sind die amtlichen Statistiken, die von den nationalen statistischen Ämtern erstellt werden, am besten geeignet. Eurostat erhebt grundsätzlich keine Daten direkt von den Auskunftgebenden, wie beispielsweise privaten Haushalten oder Unternehmen, sondern stützt sich auf die Daten, die von den nationalen statistischen Ämtern in enger Zusammenarbeit erhoben werden (Europäisches Statistisches System). Die europäischen amtlichen Statistiken sind vereinheitlicht und vergleichbar, sie folgen international vereinbarten Methoden und Normen, und sie stützen sich gegebenenfalls auf die Rechtsvorschriften der EU. In einer Welt, die von einem exponentiell wachsenden Informationsüberfluss bestimmt wird, dienen sie dazu, die Spreu vom Weizen zu trennen. Aus diesem Grund werden europäische Statistiken zukünftig sogar noch wichtiger werden.

Amtliche Statistiken werden im Einklang mit einem Verhaltenskodex erstellt und folgen den Grundsätzen des Qualitätsmanagements für den institutionellen Rahmen, die statistischen Verfahren und die statistischen Produkte. Dabei ist die fachliche Unabhängigkeit der amtlichen Statistiken für deren Glaubhaftigkeit wesentlich. Das bedeutet, dass bei der Entwicklung, Erstellung und Verbreitung von Statistiken die Unabhängigkeit der statistischen

Ämter von politischen und anderen äußeren Einflüssen sichergestellt werden muss. Darüber hinaus sind das Mandat zur Erhebung der Daten, die Angemessenheit der Mittel, die Verpflichtung zur Qualität, der Schutz der Privatsphäre der Auskunftgebenden, Unparteilichkeit und Objektivität, solide Methodik, Wirtschaftlichkeit, Vermeidung einer übermäßigen Belastung der Auskunftgebenden usw. weitere Schlüsselfaktoren für die Stärkung der Rolle amtlicher Statistiken in unseren Demokratien.

Die größte Herausforderung bei der Erstellung amtlicher Statistiken besteht darin, wie durch verbesserte Effektivität und bei gleichbleibend hoher Qualität der steigenden Nachfrage nach Daten zur Unterstützung der Politik mit immer weniger Mitteln für die öffentliche Verwaltung und bei zunehmendem Widerstand bei den Auskunftgebenden nachgekommen werden kann. Unter anderem erfordert dies die Nutzung der Verwaltungsdaten und anderer möglicher Informationsquellen, die nicht auf eine statistische Nutzung ausgelegt sind, sowie den Einsatz hochmoderner Technologie und Techniken im gesamten statistischen Prozess. Eurostat und die nationalen statistischen Ämter bemühen sich sehr darum, diese Herausforderungen zu meistern. Außerdem werden neue Indikatoren, etwa die Messung des Wohlergehens, entwickelt, um so die herkömmlichen Indikatoren wie das BIP oder die Erhebung von Daten zu ausgesuchten Personengruppen wie Kindern, Migranten, Menschen mit Behinderungen usw. zu ergänzen – dies bedarf besonderer methodischer Entwicklungen. Darüber hinaus werden im Bereich Soziales große Anstrengungen unternommen, um die Aktualität der Indikatoren zu Armut und Ungleichheit zu verbessern.

Amtliche Statistiken sind ein öffentliches Gut, mit dem die Entscheidungsfindung in demokratischen Gesellschaften unterstützt wird. Eine glaubhafte Politik sollte sich auf hochwertige Statistiken stützen und mithilfe dieser bewertet werden. Gute Statistiken haben natürlich ihren Preis, jedoch ist der Preis, den es zu zahlen gilt, wenn keine oder schlechte Statistiken vorhanden sind, noch sehr viel höher, da dies zum Versagen der staatlichen Politik führt.

Eduardo Barredo Capelot
Eurostat

Herausforderungen und Zukunftsperspektiven mit Blick auf die anstehende Wahl

Im letzten Jahr haben sich im Kosovo verschiedene wegweisende Entwicklungen vollzogen. Das Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen zu Serbien, die Fortschritte beim Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess mit der Europäischen Union, die Erneuerung des EULEX-Mandats und die innenpolitischen Schwankungen stellen allesamt Faktoren dar, die die alltägliche Wirklichkeit im Kosovo geprägt haben. Wie sich diese Entwicklungen kurz- und mittelfristig auswirken werden, wird sowohl vom Verlauf als auch vom Ausgang der anstehenden Parlamentswahl unmittelbar beeinflusst werden.

In vielerlei Hinsicht werden in der Wahl die wichtigsten Herausforderungen veranschaulicht, mit denen das Kosovo heute konfrontiert ist und in den kommenden Monaten und Jahren weiterhin konfrontiert sein wird.

In erster Linie wird die Parlamentswahl ein Prüfstein für die Konsolidierung der demokratischen Prozesse im Kosovo sein. Während die letztjährige Kommunalwahl im Kosovo erfolgreich verlief und weithin als frei und fair eingestuft wurde, bestehen bezüglich der demokratischen Qualität der Parlamentswahl von 2010 nach wie vor erhebliche Zweifel. Das Kosovo muss seinen europäischen Partnern unter Beweis stellen, dass es in der Lage ist, Wahlen abzuhalten, die den höchsten Standards entsprechen, und dass es somit bereit ist, sich ernsthaft in den EU-Integrationsprozess einzubringen. Die Art und Weise, wie die Kosovaren

die Wahl handhaben, wird als wichtiges Signal in Bezug auf die Fähigkeit des Landes gewertet, in diesem Sinne zu agieren.

Darüber hinaus hat sich in den letzten Monaten gezeigt, dass die Dynamik von zivilgesellschaftlichen und studentischen Bewegungen stetig wächst. Die Zeit vor der Wahl ging daher politisch gesehen mit einem allmählichen Reifeprozess der kosovarischen Gesellschaft einher. Das System von Kontrolle und Gegenkontrolle durch das Volk ist gestärkt und zu einem bedeutenden Faktor einer demokratischen Gesellschaft worden. Dennoch bleibt abzuwarten, ob die zivilgesellschaftliche Dynamik in einer höheren Mobilisierung der Wähler und – was für die Entwicklungen nach der Wahl von noch größerer Bedeutung sein dürfte – in einer verstärkten Rechenschaftspflicht der regierenden Elite gegenüber den Bürgern des Kosovo zum Tragen kommt.

Der besondere Grund für die Auflösung der Nationalversammlung, die der Parlamentswahl vorausging, symbolisiert schmerzhaft die immer noch nicht reibungslosen Beziehungen zwischen den Gemeinschaften, aus denen sich das Kosovo zusammensetzt. So war die Mehrheit der Nationalversammlung nicht in der Lage, sich die Unterstützung von Vertretern der Minderheiten beim Thema der Gründung einer kosovarischen Armee zu sichern, da die Mehrheit der Versammlung es wiederum abgelehnt hatte, dem Fortbestand reservierter Sitze für die Minderheiten des Kosovo zuzustimmen. Diese Wahl stellt ein wichtiges Instrument dar, um die Autorität und Legitimität der kosovarischen Institutionen sowohl in den überwiegend von der Mehrheit als auch in den überwiegend von den Minderheiten geprägten Regionen zu stärken, da die Integration der Gemeinschaften in die kosovarischen Institutionen durch ähnliche Vorfälle vor eine Herausforderung gestellt werden könnte. Nur ein demokratisches und multiethnisches Kosovo kann auf seinem Weg zum Beitritt in die Familie der EU-Mitgliedstaaten erfolgreich sein.

Zudem wird sich die politische Landschaft nach der Wahlperiode voraussichtlich verändern. Dennoch wird sich die Partei, die im demokratischen Wettbewerb als Sieger hervorgeht, der europäischen Agenda mit aller gebotenen Aufmerksamkeit und Verantwortung widmen müssen. Es ist unwahrscheinlich, dass durch eine nationalistische und populistische Politik Fortschritte erzielt werden, deren Ziel letztendlich darin besteht, die Lebensqualität für alle Bürger des Kosovo zu verbessern.

Die bevorstehende Wahl stellt auf all diesen Schauplätzen sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance dar. Wenn die Chancen über die Herausforderungen obsiegen sollen, müssen sowohl die politischen Eliten als auch die Bürger des Kosovo die demokratischen Werte achten und politischen Mut beweisen.

Eduard Kukan
MdPE

DIE BEMÜHUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION UM RECHTSSTAATLICHKEIT IM KOSOVO

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben einem Ersuchen der staatlichen Stellen des Kosovo stattgegeben, eine zivile Rechtsstaatlichkeitsmission mit exekutiven Befugnissen zu entsenden, um das Kosovo auf seinem Weg hin zu einer verstärkten europäischen Integration im Bereich der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Dieser Beschluss wurde im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gefasst. Als Sonderfall der GSVP-Missionen und im Ergebnis der Rechtslage im Kosovo bezieht die Mission ihr Mandat aus der Einladung des Kosovo und aus der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX) ist die Leitmission im Rahmen der GSVP. Sie ist die bei weitem umfangreichste Mission mit einem Jahreshaushalt von ca. 111 Mio. EUR und insgesamt ca. 2 000 internationalen und örtlichen Mitarbeitern. In institutioneller Hinsicht erstattet die Mission den Mitgliedstaaten über den Zivilen Planungs- und Durchführungsstab (Civilian Planning and Conduct Capability – CPCC) des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) Bericht. Der Leiter der Mission erstattet dem Zivilen Operationskommandeur der GSVP Bericht.

EULEX hat im April 2009 seine Tätigkeit im gesamten Kosovo in vollem Umfang aufgenommen. Es handelt sich hier um die einzige GSVP-Mission, die über exekutive Befugnisse verfügt und internationale Polizeibeamte, Zollbeamte, Staatsanwälte und Richter einsetzt. Ihre Polizei- und Zollbeamten gehen gemäß dem im Kosovo geltenden Recht vor, das von ihren Staatsanwälten und Richtern angewendet wird.

Die Mission ist ein einzigartiges Beispiel für eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Kulturen, Ideen und Vorgehensweisen im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit. Außerdem haben über die Unterstützung aller 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union hinaus zu verschiedenen Zeitpunkten weitere vier Staaten zu der Mission beigetragen, die der Europäischen Union nicht angehören, aber im Rahmen der Mission eine wesentliche Rolle spielen: die Schweiz, Norwegen, die Türkei und die Vereinigten Staaten.

EULEX ist ein schwer zu steuerndes Schiff, insbesondere in der rauen und turbulenten See, mit der man die Lage im Kosovo gelegentlich vergleichen kann. Das eindeutige Mandat der Mission hält sie jedoch sogar in schwierigen Momenten auf Kurs, auch bei lebensbedrohlichen Vorkommnissen, die einige ihrer Mitarbeiter bereits erlebt haben.

Die Mission besteht aus zwei Abteilungen (Stärkung und Exekutive), die vier (von den Mitgliedstaaten vorgegebene) Ziele verfolgen:

Ziel 1: Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit durch Überwachung, Betreuung und Beratung (Monitoring, Mentoring and Advising – MMA).

Ziel 2: Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit durch Exekutivfunktionen.

Ziel 3: Schrittweise Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit im gesamten Nordteil des Kosovo.

Ziel 4: Unterstützung der Normalisierung der Beziehungen und insbesondere des Dialogs zwischen Priština und Belgrad.

Die für die Stärkung zuständige Abteilung leistet unmittelbar durch ihr Personal Hilfestellung, das Seite an Seite mit seinen kosovarischen Amtskollegen in den Justiz- und Strafverfolgungsbehörden tätig ist. Hauptaufgabe dieser Abteilung ist es, die kosovarischen Behörden zu überwachen, zu betreuen und zu beraten, damit auf multiethnischer Grundlage ein unabhängiges Justizsystem sowie Polizei, Strafvollzug und Zoll geschaffen und gestärkt werden, wobei sichergestellt werden soll, dass diese Institutionen frei von politischen Einflüssen sind.

Die Exekutivabteilung ist für die Untersuchung, Verfolgung und gerichtliche Behandlung von Fällen in den Bereichen organisiertes Verbrechen, Korruption auf hoher Ebene, Eigentum und Privatisierung, Kriegsverbrechen und Terrorismus sowie von anderen schweren Straftaten zuständig. Die Abteilung besteht zum Großteil aus Richtern und Staatsanwälten sowie Polizei- und Zollbeamten, die überwiegend ebenfalls mit ihren kosovarischen Kollegen zusammenarbeiten, und zwar zunehmend in gemischten Teams. Sie

ist auch in der Lage, Festnahmen vorzunehmen und in begrenztem Umfang gegen Ausschreitungen und Unruhen vorzugehen.

Seit dem Beginn der Mission sind im Justiz-, Polizei- und Zollsystem des Kosovo große Fortschritte erzielt worden. Durch den Abschluss der Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen haben sich auch die Beziehungen zwischen der EU und dem Kosovo geändert. Durch die Mission werden mithin in Zusammenarbeit mit dem Büro der Europäischen Union im Kosovo (European Union Office in Kosovo) und dem Sonderbeauftragten der Europäischen Union im Kosovo (European Union Special Representative in Kosovo – EUSR) die kosovarischen Stellen bei ihren Bemühungen unterstützt, EU-Normen und „bewährte Verfahren“ aus der EU einzuführen und umzusetzen und die im Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen und im Fahrplan für eine Liberalisierung der Visabestimmungen festgelegten Maßstäbe und Ziele zu erreichen.

Der von der EU unterstützte Dialog zwischen Priština und Belgrad hat zu einer verstärkten „Normalisierung“ der Beziehungen beigetragen und zu spürbaren Veränderungen vor Ort geführt, die durch EULEX ermöglicht wurden.

Der Schwerpunkt der Mission wurde verlagert, um diesen neuen Gegebenheiten vor Ort Rechnung zu tragen: Ermittlung und Strafverfolgung werden zunehmend in gemischten Teams mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft des Kosovo durchgeführt, und gemischte Richterkollegien sind zur Regel geworden. Zukünftig wird die MMA-Funktion der Mission zurückgefahren und der Schwerpunkt anstelle dessen auf die institutionelle Führung auf strategischer Ebene in Polizei, Justiz und Staatsanwaltschaft gelegt.

Der Norden des Kosovo bleibt auch weiterhin die größte und komplizierteste Herausforderung für die Mission. Ein erheblicher Teil der dortigen Bevölkerung erkennt die Institutionen in Priština nicht an und betrachtet auch EULEX als unterstützende Kraft dieser rechtsstaatlichen Einrichtungen. Das bedeutet, dass EULEX-Maßnahmen und gelegentlich sogar die reine Anwesenheit der Mission in Frage gestellt werden.

Trotz dieses schwierigen Umfelds ist es der Mission zuzuschreiben, dass die Ergebnisse des von der EU unterstützten Dialogs, die sich überwiegend auf den Norden des Kosovo und auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien konzentrierten, umgesetzt werden konnten. So hat EULEX beim integrierten Grenzschutz, der Reform des Personenstandsregisters und der Einführung der Zollerhebung an den beiden Grenzübergängen im nördlichen Kosovo Unterstützung geleistet. Außerdem hat die Mission die Integration ehemaliger serbischer Polizeioffiziere im Norden in die kosovarische Polizei gefördert und ist bereit, auch die Integration serbischer Richter und Staatsanwälte zu unterstützen.

Diese Tätigkeit stößt selbstverständlich bei einigen Personen im Norden und im Süden des Kosovo auf nur geringe Akzeptanz. Personen, die in kriminelle Aktivitäten verwickelt sind, versuchen häufig, ihre Kontakte oder ihren Reichtum zu nutzen, um die öffentliche Meinung gegen die von EULEX durchgeführten Verhaftungen aufzubringen. Verzerrungen und falsche Darstellungen haben gelegentlich zu emotionalen Reaktionen geführt, beispielsweise bei der Durchführung von Polizeimaßnahmen.

Daher ist die Tätigkeit von EULEX – insbesondere im Norden des Kosovo – nicht frei von Gefahren. Im September 2013 wurde der internationale Zollbeamte Audrius Šnavičius im

Nordkosovo unter tragischen Umständen beschossen und getötet, und im April 2014 kam es, ebenfalls im Norden, zu einem Mordversuch an weiteren Mitarbeitern.

Das hat jedoch nicht dazu geführt, dass die Mission ihre Bemühungen im Nordkosovo eingestellt hat. EULEX hat verschiedene Polizeioperationen und Prozesse durchgeführt. Aufgrund ihres Mandats ist die Mission verpflichtet, die Rechtsstaatlichkeit im Norden des Kosovo durchzusetzen, um die Bevölkerung dabei zu unterstützen, ohne Angst vor Kriminellen und Extremisten leben zu können.

Eine Untersuchung der bisher erzielten Ergebnisse macht deutlich, dass die Mission im Kosovo maßgeblichen Einfluss ausgeübt hat:

- o Gegenwärtig führt EULEX 301 Untersuchungen durch, davon 51 im Bereich des organisierten Verbrechens, 44 im Bereich der Korruption auf hoher Ebene, 111 im Bereich der Kriegsverbrechen, 12 im Bereich des Menschenhandels und 83 in sonstigen Strafsachen.

- o Die Richter der EULEX-Mission haben ca. 520 Urteile gesprochen, davon 391 im Zusammenhang mit Strafsachen, die anderen in Zivilrechtsangelegenheiten. Im Bereich des organisierten Verbrechens ergingen 21 und in Fällen von Korruption 46 Urteile.

- o Die Mission hat gemeinsam mit den kosovarischen Behörden ca. 95 % der ca. 40 000 Fälle von Eigentumsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt in erster Instanz gelöst. Nur wenige hundert Fälle durchlaufen derzeit noch das Berufungsverfahren.

Durch die gemeinsamen Bemühungen so vieler Nationalitäten in dem konfliktgezeichneten Umfeld im Kosovo hat EULEX spürbare Ergebnisse gebracht: Vieles hat sich im Kosovo verbessert, und die Europäische Union kann einen beeindruckenden Erfolg ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorweisen.

Die Europäische Union ist sich darüber im Klaren, dass die Lage im Kosovo, wie auch in anderen Gebieten mit ähnlichen Merkmalen, nicht im Handumdrehen vollständig zum Guten gewendet werden kann. Dafür sind Zeit, harte Arbeit, großes Engagement, Verhandlungsmacht und Fähigkeiten zur Überwindung der Folgeerscheinungen von Konflikten notwendig. Mit EULEX Kosovo verfügt die Europäische Union jedoch über ein wirkungsvolles Instrument, mit dem bereits Erfolge erzielt wurden – und dies, obwohl die zivilen GSVP-Missionen im Vergleich zu den OSZE- und UN-Missionen noch am Anfang ihrer Entwicklung stehen.

Miguel Henriques Carvalho de Faria
Leitender Sprecher/Leiter des Büros für Presse und Öffentlichkeitsinformation
Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX)

Es war ein kalter Tag im Januar des Jahres 1577. Fray (Bruder) Luis de León kehrt nach fünfjähriger Kerkerhaft in der Nachbarstadt Valladolid zurück in seinen Hörsaal an der Universität Salamanca, in der er den Lehrstuhl der Heiligen Schrift innehat. Die Spanische Inquisition hatte in einer ihrer berüchtigtsten Prozesse der Klage stattgegeben, der zufolge Fray Luis in seinen jüngsten Übersetzungen der Bibel die Grenzen der Häresie überschritten habe. Der Hörsaal war brechend voll, und zwar nicht nur mit gewöhnlichen Studenten. Und – so berichtet es die Legende, die tausendfach in den Schulen Spaniens erzählt wird – Fray Luis eröffnete seine Vorlesung mit den Worten „Dicebamus hesterna die...“ („Wie wir gestern sagten ...“).

Viele Jahre später, 1936, hielt ein Professor derselben bedeutenden Universität, der seit 1930 auch ihr Rektor war, nämlich Miguel de Unamuno, eine weitere denkwürdige Rede, als sein Land bereits seit mehreren Monaten in einem Bürgerkrieg versank. Miguel de Unamuno war einer der herausragendsten Schriftsteller und – im weitesten Sinne – Intellektuellen seiner Zeit. Er leitete eine Veranstaltung im Beisein von General Millan Astray, der sich als einer der übelsten Kriegsverbrecher erweisen sollte, sowie des Bischofs der Stadt und der Ehefrau von General Franco. Nach einer Rede, in der die Katalanen und Basken als „Krebsgeschwür im Körper der spanischen Nation“ beschimpft wurden, hielt er eine geschichtsträchtige Rede, die ihn seinen Arbeitsplatz und in gewisser Weise auch sein Leben kosten sollte: er verlor seinen Lehrstuhl und seine Stelle als Rektor und starb einige Wochen später. In dieser historischen Rede wurde erneut ein Satz ausgesprochen, der für immer mit der Geschichte der Universität Salamanca verbunden bleiben sollte: „Venceréis, pero no convenceréis“ („Ihr werdet siegen, aber nicht überzeugen“).

Als ehemaliger Professor der Rechtswissenschaften war es für mich somit eine große Ehre, im Rahmen des Programms „EP to Campus“ des Vereins der ehemaligen Mitglieder Vorlesungen an einer der angesehensten Universitäten halten zu dürfen, die auch zu den ältesten Universitäten Europas zählt. Das gesamte, vom Institut für Völkerrecht sehr gut organisierte Programm umfasste drei verschiedene Gelegenheiten, zu Studenten mit unterschiedlichem Hintergrund zu sprechen. Dadurch erhielt ich die Gelegenheit, ihnen einige Aspekte der parlamentarischen Tätigkeit zu vermitteln und diese auch konkret zu erörtern. Durch die multinationale Herkunft der Zuhörerschaft, wobei lateinamerikanische Studenten sehr zahlreich vertreten waren, wurden die Attraktivität und die führende Rolle dieser Universität auch in der heutigen Zeit bestätigt.

Wir erörterten die Rolle des Parlaments bei der Gestaltung der Außenpolitik der Europäischen Union. Dabei habe ich erklärt, dass die Befugnisse des Parlaments im Bereich des internationalen Handels nach dem Vertrag von Lissabon gestärkt wurden, und verschiedene Beispiele und Anekdoten über die Bedeutung dieses weniger bekannten Bereichs der parlamentarischen Tätigkeit angeführt. Und in einer dritten Vorlesung habe ich die Büchse der Pandora in Form einer Debatte eröffnet, die transparent und ohne Tabus geführt werden muss: Wie gestaltet sich die Gesetzgebung der EU konkret? Wie werden die einschlägigen Interessen gewichtet und berücksichtigt? Welche Rolle kommt den sogenannten Lobbys zu? Und ist ihr Einfluss stets negativ, gleich welche Botschaft sie übermitteln oder welche Interessen sie unterstützen? Es war in der Tat ein sehr interessantes Thema und eine ideale Gelegenheit, jeden Einzelnen im Publikum (oder zumindest diejenigen, die dazu berechtigt sind) aufzufordern, bei der Europawahl 2014 ihre Stimme abzugeben. Alle demokratischen Optionen sind stichhaltig, aber geht hin und wählt. Ihr werdet die künftige Gesetzgebung prägen sowie das Wesen der Botschaft, die Europa übermitteln wird. Es bleibt zu hoffen, dass eine große Mehrheit zugehört hat.

Ignasi Guardans
MdEP 2004-2009

Hoffnungen und Illusionen – Albanien und die EU

Bei der Vortragsreise im Mai handelte es sich um meinen zweiten Besuch in Albanien. Zum ersten Mal hatte ich das Land vor 16 Jahren als Mitglied des Europarates und Teilnehmer einer Tagung des Sozialausschusses in Tirana besucht. Ich erinnere mich noch an tausende merkwürdiger bunkerartiger Betonbauten, leere, nahezu autofreie Straßen, die grauen Wohnblocks und den grauenhaften Zustand des Zubringers zum Flughafen. Eingekauft wurde nicht in den Geschäften, sondern am Straßenrand, und dort konnte man von gebrauchten Büchern über alte Fernsehgeräte bis hin zu allen möglichen Lebensmitteln wirklich alles kaufen. Inzwischen hat sich Tirana sehr verändert, zumindest auf den ersten Blick: Überall haben neue Geschäfte, Cafés, Restaurants und alle Arten von Büros eröffnet. Aber auf den zweiten Blick erkennt man, dass es noch immer dieselben alten Häuser sind, ganz gleich, wie viele davon einen farbenfrohen neuen Anstrich bekommen haben.

Anlass meiner Reise war diesmal eine Einladung der Universität Tirana: Ich sollte zwei Vorträge halten. Thema des ersten Vortrags war der Beitritt Albaniens zur EU – keine leichte Aufgabe, hatte Jean-Claude Juncker doch nur wenige Tage vor meiner Abreise verkündet, dass mit der nächsten EU-Erweiterung in den nächsten fünf Jahren nicht zu rechnen sei. So lautete der Titel meines ersten Vortrags „Hoffnungen und Illusionen – ein bewegliches Ziel im Visier“. Ich sprach über die Hoffnung auf eine erfolgreiche Integration in einer unsicheren Zukunft und die trügerische Vorstellung von einem zügigen und stockungsfreien Beitrittsprozess, und ich versuchte zu erklären, dass dieser Prozess mit dem Anvisieren eines beweglichen Ziels vergleichbar sei, weil auch die EU sich in den Jahren dieses Beitrittsprozesses dramatisch verändern werde. Anwesend waren etwa 40 Studenten sowie Professoren, unter anderem auch Vizerektor Odeta Barbullushi. Sie verstanden meinen Ansatz, und ihre Fragen zielten vor allem auf Kosten und Nutzen eines EU-Beitritts ab. Ihr Interesse galt auch meinen persönlichen Erfahrungen, denn ich hatte den Integrationsprozess Ungarns zwischen 1994 und 2004 als damaliger ungarischer Abgeordneter aktiv mitbegleitet. Die Veranstaltung dauerte knapp anderthalb Stunden, und der Grundtenor des Gesprächs war ziemlich realistisch. Am darauffolgenden Tag fand eine Konferenz zu EU-Themen an der medienwissenschaftlichen Fakultät der Universität statt, und wie sich herausstellte, sollte ich den Eröffnungsvortrag halten. Diesmal sollte ich über den EU-Beitritt meines Heimatlandes sprechen. Da sich in Ungarn seit dem EU-Beitritt vieles verändert hat, hatte ich für meinen Vortrag einen etwas provokanten Titel gewählt, er lautete: „Was hat Ungarn um seinen Vorreiterstatus gebracht, und was können andere daraus lernen?“. Ich bemühte mich um größtmögliche Neutralität, wobei ich meine politischen Überzeugungen natürlich nicht verheimlichen konnte. Ich sprach über die wirtschafts- und währungspolitischen Fehler, die atavistische Kluft zwischen den zwei zentralen politischen Lagern, die besorgniserregende Lage der ungarischen Roma und die Kontrolle der öffentlichen – besser: staatseigenen – Medien durch die Regierung. Das Publikum zählte 50 bis 60 Gäste, wobei auch ein Fernsehteam und Journalisten zugegen waren, und mir wurden im Anschluss an meinen Vortrag viele Fragen gestellt. Einige verteidigten die Politik von Premierminister Orbán sogar gegen meine Ansichten und waren der Meinung, dass die Medien gegenüber der Regierung „mehr Verantwortung“ zeigen sollten. Andere fragten, wie die EU die demokratiefeindlichen Entwicklungen in Ungarn tolerieren könne – was in der Tat eine gute Frage ist. Als die spannende Gesprächsrunde die dafür vorgesehene Zeit bereits um eine halbe Stunde überschritten hatte, wurden wir vom nächsten Redner schließlich gereizt unterbrochen.

Gyula Hegyi
PSE (2004-2009)

Europawoche 2014 – In Vielfalt geeint?- Migration und Flüchtlinge in Europa

Unter diesem Motto fanden an der Technischen Universität Chemnitz (Sachsen) zahlreiche und vielfältige Veranstaltungen statt. Angeregt von den Leitungsgremien des Studienganges Europa-Studien hatten sich die Mitglieder der Initiative Europa-Studien e.V. um Unterstützung ihrer Vorhaben durch die Vereinigung der Ehemaligen Mitglieder des Europaparlamentes beworben. Es war mir eine große Freude, gerade im Vorfeld der anstehenden Europawahlen gemeinsam mit den lokalen Akteuren für das Projekt Europäische Union werben zu dürfen.

Der Verein hatte, gut organisiert, an einem Stand am Eingang zur Mensa mit unterschiedlichen anderen Initiativen (z.B. europe direct aus Annaberg-Buchholz)) eine Fülle von Informationen zur Europawahl, zu den Wirken der Europäischen Union im Einzelnen oder zur Migrations- und Asylpolitik im Besonderen, begleitet von Quizfragen oder einladender Musik im Angebot. Ich konnte erleben, dass es – ähnlich wie bei Wahlständen der Parteien - nicht so einfach ist, die vorbei kommenden Studierenden oder Mitarbeiter der Institutionen für ein Gespräch zu interessieren. Schließlich sind die meisten Menschen erfahrungsgemäß mit hungrigem Magen auf dem Weg zur Mensa in Erwartung eines guten Essens oder eines erfrischenden Getränkes zwecks Erholung von den Mühen des Alltags. Desto mehr habe ich das Engagement der beteiligten Mitglieder des Vereines schätzen gelernt.

Das trifft auch durchaus auf die nicht so einfache oder problemlose Vorbereitung meiner aktiven Beteiligung am laufenden Studienbetrieb zu. Nicht alle der angesprochenen Professor/innen hatten das erforderliche offene Ohr für den eigenständigen Beitrag eines ehemaligen Mitgliedes des Europäischen Parlamentes zum gewählten Thema und vermuteten parteiliche Einflussnahme im Vorfeld der anstehenden Europawahlen.

Umso ermutigender waren die Möglichkeiten der Präsentation und der sich damit verbindenden Diskussion in verschiedenen Lehrveranstaltungen, konkret in zwei Vorlesungen und einem Seminar mit insgesamt etwa 150 Teilnehmenden. Es ist dabei durchaus gelungen, in Diskursen eine Verknüpfung von systemrelevanten Theorien und praktischen Erfahrungen der europäischen Asyl- und Migrationspolitik zu ermöglichen.

Begleitend zum Informationsstand und passend zum Thema gab es eine abendliche Aufführung des Filmes „Cant` t be silent“ mit anschließender intensiver Diskussion.

Bereichernd war auch die Podiumsdiskussion mit hochrangigen Vertreter/innen der Botschaften Bulgariens und Rumäniens. Frau Adriana Stanescu (Stellvertreterin des Rumänischen Botschafters) und Herr Rudi Futekov (Bulgarischer Referent für Arbeit und Soziales an der Botschaft Bulgariens) beleuchteten mit mir die Folgen der unterschiedlichen Annahme der Freizügigkeit durch die „alten“ Mitgliedsstaaten der EU nach dem Beitritt der beiden Länder im Jahr 2007, ohne die bei verschiedenen Aspekten zu hinterfragende Situation in den betroffenen Ländern zu beschönigen (Armut, niedriges BIP, Abwanderung der gut ausgebildeten Menschen, Korruption, teilweise fehlende Rechtsstaatlichkeit).

Der für den Nachmittag des 08. Mai in einer nahegelegenen kleineren Stadt Zschopau mit dem dortigen „Kreisjugendring“ geplante workshop zu Informationen und Fragen der Aufgaben und Herausforderungen der Europäischen Union im Vorfeld der Europawahlen musste leider aufgrund der sehr kurzfristigen Absage der kommunalen Zuständigen abgesagt werden. Der vorgesehene Raum wurde für diesen workshop aufgrund von gewissen „Befindlichkeiten“ und der befürchteten parteilichen Einflussnahme leider nicht zur Verfügung gestellt.

Trotz so hier und da anklingender Befindlichkeiten habe ich bei meinem ersten „Einsatz“ im Programm EP to Campus ermutigende Erfahrungen machen können. Wohl wissend, dass viele Menschen die Bedeutung eines gemeinsamen europäischen Projektes eher negieren.

Hier in Chemnitz haben viele junge Menschen sogar ihren regulären Studienbetrieb vernachlässigt, um eine ganze Woche lang für die europäische Idee zu streiten, haben ihre Freizeit eingesetzt, um zur Teilnahme an den Wahlen zu ermutigen, um Europa zu leben und es als Abschluss der Woche mit einer großen Party zu feiern.
Ich habe mich gefreut, teilweise da gewesen zu sein.

Gisela Kallenbach

Mitglied EP 2004-2009 (Grüne/EFA)

Die Große Koalition aus der Sicht einer Studentin mit Nähe zur Sozialdemokratie

„Als Große Koalition bezeichnet man eine Regierungskoalition der beiden mitgliederstärksten Parteien im Parlament.“ (Wikipedia)

Aufgrund des Wahlergebnisses 2013 haben sich CDU/ CSU (311 Sitze) und SPD (193) in Deutschland zu einer Mehrheitsregierung in Form einer Großen Koalition entschieden. Von 23 Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland gab es seit 1949 lediglich drei Große Koalitionen. Diese geringe Zahl allein lässt eine solche Regierung als ein seltenes Phänomen in der politischen Landschaft Deutschlands erscheinen. Aber woran liegt es, dass wohl die demokratischste Form der Regierungsbildung, und zwar indem der breiteste Wählerwillen in einer Regierung umgesetzt wird, sich so selten durchsetzt? Hat doch eine Große Koalition in einer parlamentarischen Demokratie eine weite Unterstützung und eine mehr als stabile Macht.

Dies bekam bereits zu Beginn der jetzigen 18. Legislaturperiode (631 Sitze) die wahrlich kleine Opposition aus „die Linke“ (64) und dem „Bündnis 90/Die Grünen“ (63) zu spüren. Da die Opposition noch nicht einmal eine für viele Anträge erforderliche Sitzbeteiligung von einem Viertel aller Sitze des Parlaments aufweist, musste die aktuelle Bundestagsgeschäftsordnung neu durchdacht werden. Dabei wurde auf das Wohlwollen der Großen Koalition gehofft, ohne die keine Änderung möglich ist. Vor allem die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch die Opposition ist essentiell für die Arbeit einer parlamentarischen Opposition und musste dieser ebenso gewährt werden wie die Ausbalancierung der Redezeiten!

Die Erwartungen waren/sind sehr hoch. Die breite Rückendeckung im Parlament erlaubt es der Regierung einer Großen Koalition, auch große Projekte anzupacken. Am Widerstand des Parlaments zumindest sollte deren Verwirklichung nicht scheitern können. Die Möglichkeit, Reformen auch umzusetzen, schien gekommen;

„Reformen!“ schallt es daher von überall her.

- Reformen im Bereich der Renten - die steigende Altersarmut lässt keine Kompromisse zu. -
- Reformen im Bereich der Bildung - Pisa und Co. haben uns gezeigt, dass Deutschland trotz seiner wirtschaftlichen Voraussetzungen vielen Ländern im internationalen Vergleich hinterherhinkt. Reform des Bankwesens - eine Krise, wie sie die Welt ab 2007 gesehen hat, soll sich nicht wiederholen. Die Steuerzahler sind es leid, für das Missmanagement mancher Banker und für politische Fehlentscheidungen aufzukommen. Rettungsprogramme der EU würden bei einem erneuten Beinahe-Ausfall der Finanzwelt keine Legitimität mehr erfahren.
- Reformen im Bereich der Energieversorgung - die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Industrie, stellen angesichts steigender Energiepreise und Stromrechnungen immer mehr die

Subventionen (jährlich über 20 Mrd. Euro) für die Erneuerbaren in Deutschland in Frage. Hier muss eine neue Balance zwischen Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gefunden werden. Die Reform des EEG (Erneuerbare Energien-Gesetz) ist da ein wichtiger Schritt.

Sind das aber nur deutsche, heißt nationale Themen? Es sind doch im Grunde europäische, welche gerade eine Große Koalition beeinflussen könnte!

Neben diesen umfassenden Aufgaben im politischen Bereich, schwingt bei einer Großen Koalition auch immer die parteipolitische Gefahr mit. Eigentlich vereinigen sich in einer Großen Koalition mit den beiden stärksten Parteien auch die beiden größten Alternativen in einer wählbaren Parteienlandschaft. Doch auch „Machtspielchen“ sind auszumachen. Vor allem der Spruch „nach der Wahl ist vor der Wahl“, bewahrheitet sich, wenn man sich in einer Großen Koalition gegenseitig Steine in den Weg legt und die eigene gute Darstellung auf Kosten guter Politik erfolgt.

Eine Große Koalition stellt also nicht nur ein großes Potential für eine erfolgreiche und nachhaltige Politik mit großem gesellschaftlichen Konsens bereit, sondern kann gerade an der ihr natürlicherweise anhaftenden Disparität scheitern.

Miriam Schrezenmaier

Deutschlands Zukunft gestalten – GroKo bei der Arbeit

Die Große Koalition hat ihre Arbeit aufgenommen. Nachdem sich die Protagonisten anfangs noch tänzelnd wie Boxer im Ring umkreist haben, haben sie sich jetzt gut zusammengerauft. Die Atmosphäre in der Koalition ist vertrauensvoll. Dennoch wurde – gerade zu Beginn der Wahlperiode – immer wieder die Frage gestellt, wer sich stärker durchgesetzt hat. Als ob es darauf ankommt. Im Koalitionsvertrag finden sich beide Partner wieder. So soll es auch sein, sonst könnten die Koalitionspartner auf Dauer nicht gut zusammenarbeiten.

Die Handschrift der CDU im Koalitionsvertrag ist deutlich erkennbar. Einige Beispiele: Keine Steuererhöhungen, keine neuen Steuern, keine zusätzlichen Schulden, keine Eurobonds oder Vergemeinschaftung von Schulden, die Fortsetzung des bisherigen Kurses in der Europa- und Euro-Politik, Mütterrente, fünf Milliarden Euro mehr für die Verkehrsinfrastruktur, mehr Geld für Bildung und Forschung, Breitbandausbau, ein Gedenktag für Vertriebene, Christenverfolgung als Thema, Beibehaltung des Betreuungsgeldes!

Und es gibt erste Entscheidungen:

Derzeit wird viel über Energie- und Rentenpolitik diskutiert, die Vorschläge dazu kommen aus zwei SPD-geführten Ministerien. Zu den Rentenplänen der Bundesregierung gehört die Mütterrente, ein Kernanliegen der Union. Und Sigmar Gabriel hat seine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) präsentiert. Dabei ist die SPD auf den CDU-Kurs eingeschwenkt. Dazu gehören auch Ausnahmen für die energieintensive Industrie, um den Wirtschaftsstandort Deutschland und Arbeitsplätze zu schützen. Ohne ein Aufeinander zugehen funktioniert eine Große Koalition nicht.

Dass die Große Koalition den von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble maßgeblich geprägten Kurs in der Haushalts-, Euro- und Europapolitik konsequent und kontinuierlich fortsetzen kann, ist das Ergebnis harter Verhandlungen mit der SPD. Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann: Vor allem hat die Große Koalition die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Bundeshaushalt ab 2015 ohne Schulden auskommt. Erstmals seit über 40 Jahren. Damit wird der erfolgreiche Konsolidierungskurs fortgesetzt.

Wenn man dagegen fragt, wo sich die SPD durchgesetzt hat, kommen vor allem zwei Antworten: Mindestlohn und Rente mit 63. Beides sind zugegebenermaßen keine Herzensanliegen der CDU gewesen. Aber bei beidem haben wir wichtige Leitplanken im Sinne von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit eingezogen.

Zum Mindestlohn: Was wir vereinbart haben, ist nicht das CDU-Konzept. Es ist aber auch nicht das SPD-Konzept. Es wird zunächst einen Mindestlohn von 8,50 Euro geben, diese Zahl legt in der Tat die Politik fest. Aber: Wir haben einen beschäftigungsfreundlichen Übergang bis Ende 2016 durchgesetzt. Und was auch wichtig ist: Künftig wird nicht die Politik über die Höhe des Mindestlohns entscheiden – sondern die Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam. Nicht nur weil diese das am besten können, sondern weil das deren Aufgabe ist. Wir haben dafür gesorgt, dass das Thema mit wirtschaftlicher Vernunft angegangen wird. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft.

Zur Rente mit 63: Das war kein einfacher Kompromiss, aber Kompromisse gehören zu jeder Koalition. Wir haben erreicht, dass es keine Abkehr von der Rente mit 67 geben wird. Auch die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren wird stufenweise auf 65 Jahre anwachsen. Und wir werden in der Gesetzgebung sehr genau darauf achten, dass es keine neue massenhafte Frühverrentung geben wird.

Der Koalitionsvertrag kann sich sehen lassen. Jetzt gilt es, ihn mit Leben zu füllen. Angesichts der ersten Monate der Arbeit in der GroKo bin ich zuversichtlich, dass dies gut gelingen wird und wir bis 2017 viel für die Menschen in Deutschland erreichen werden.

**Peter Tauber MdB,
Generalsekretär der CDU Deutschlands**

Europa: Erinnere dich!

Fünf Wochen vor der Wahl, die unter keinen guten Vorzeichen steht, einen Text über die Europäische Union zu schreiben, der im Übrigen vier Wochen nach dem Wahltag veröffentlicht wird, wenn die Ergebnisse längst bekannt sind, einen solchen Text zu schreiben, ist – ohne Frage – ein zumindest schwieriges, wenn nicht gar riskantes Unterfangen.

Und dennoch: Nach meiner Wiederwahl als Bürgermeister der Gemeinde Villeneuve d'Ascq am 30. März dieses Jahres habe ich zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Massakers von Ascq aufgerufen, bei dem in der Nacht zum Palmsonntag 1944 das damalige Dorf Ascq im Blut versank, und ich kann und will nicht vergessen, dass der europäische Kontinent vor dem, was die Europäische Union heute für uns ist, durch die verheerenden Kriege des 20. Jahrhunderts zerrissen und zerfleischt wurde.

Ich kann und will den Mut der Gründerväter unserer Union nicht vergessen, die nur wenige Jahre nach dem Krieg zur Versöhnung und zum Zusammenschluss aufgerufen haben. Ich kann und ich will nicht vergessen, dass die Europäische Union uns seither – trotz ihrer Unzulänglichkeiten und Schwächen, ja ihrer Fehler und gravierenden Irrtümer – 69 Jahre lang Frieden beschert hat, etwas, das weder unsere Eltern und Großeltern noch unsere Urgroßeltern gekannt haben.

Heute indessen erinnern manche Äußerungen fatal an die üblen und unheilvollen Reden und Vorstellungen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreitet waren, mit der Folge, dass über 60 Millionen Menschen umkamen, Vernichtungslager errichtet und Massaker wie

das von Ascq verübt wurden, bei dem Mitglieder der SS-Panzer-Division „Hitlerjugend“ 86 Männer (im Alter von 15 bis über 70) wie im Bluttausch ermordeten.

70 Jahre danach hat Villeneuve d'Ascq dieses Blutbads gedacht!

70 Jahre danach bekleide ich – seit 1977 – das Amt des Bürgermeisters Villeneuve d'Ascq und war von 1989 bis 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Ja, 70 Jahre danach sind meine europäischen Überzeugungen unverändert intakt, auch wenn ich für eine andere europäische Politik kämpfe, eine Politik, die sich grundlegend von der Politik, wie sie heute betrieben wird, unterscheidet, denn meine europäischen Überzeugungen, meine Ablehnung des kriegstreiberischen Nationalismus und des zersetzenden Populismus sind für mich ein Schutzwall – der einzige – gegen das Wiedererstarken dessen, was viele als das „grausige Monster“ bezeichnet haben, ein Monster, das vor unserer Tür schlummert, also eigentlich in unserer Mitte, stets darauf lauernd, uns aufs Neue in diese ungeheuerlichen Gräuelpolitik zu stürzen.

Heute also, am 15. April 2014, schreibe ich dieses Glaubensbekenntnis nieder, einen Text, der erst gelesen werden wird, nachdem die Würfel gefallen sind, und ich möchte damit der Hoffnung Ausdruck geben, dass die Vernunft siegt und dass es bei der Europawahl – wie immer sie auch ausgehen mag – nicht zum Schlimmsten kommt, dass danach im Europäischen Parlament wie in der Europäischen Kommission Mehrheiten zustande kommen, die sich aus Gründen der Vernunft finden, die den Stimmen der Völker Gehör schenken und konkret und rasch auf ihre Forderungen reagieren, ohne mit den Wölfen zu heulen und die schlimmstmögliche Politik zu betreiben, in welcher Hinsicht es auch sei.

Als Mann von mittlerweile 69 Jahren habe ich das unsagbare Glück gehabt, niemals einen Krieg erlebt zu haben.

Im Alter von 69 Jahren habe ich keinen sehnlicheren Wunsch als den, bis zum letzten Atemzug dafür zu kämpfen, dass auch unseren Kindern und Kindeskindern dieses Glück beschieden sein möge!

Das ist zwar längst noch nicht sicher, aber es gilt nach wie vor: Nur wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Gérard Caudron

Bürgermeister von Villeneuve d'Ascq

Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments

www.citoyendurope.org

www.gcaudron.org

"Organisierte Kriminalität an der Wurzel packen"

Zu zaghaft, zu national und zu ineffizient. So fiel lange Zeit das harte Urteil aus zur Bekämpfung organisierter Kriminalität in der Europäischen Union. Dabei ist völlig klar: Eine bessere europäische Zusammenarbeit wird benötigt, um Kriminellen entgegenzutreten, die schon lange nicht mehr an Grenzen Halt machen.

Dies ist eine hochkomplexe Herausforderung. Deswegen hat das Europäische Parlament im März 2012 den Sonderausschuss gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche – kurz CRIM – eingerichtet.

Gebündelte Kraft gegen Kriminalität

Experten aus dem Innen- und dem Haushaltskontrollausschuss kamen dort zusammen – eine Bündelung des Know-Hows, um dem Querschnittsthema Kriminalität zu begegnen. Der Ausschuss hat sich anderthalb Jahre Zeit genommen, um die Unterwanderung von Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung und Finanzsystemen durch organisiertes Verbrechen und Mafia-Banden in EU-Ländern zu untersuchen. In einem zweiten Schritt wurden Lösungsstrategien entwickelt, die diese Bedrohung auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene angehen.

Manche EU-Staaten fahren Kuschelkurs gegen organisiertes Verbrechen

In 20 öffentlichen Anhörungen mit mehr als 250 Experten stellte sich heraus: Einige Mitgliedstaaten haben viel zu lange ihren Kopf in den nationalen Sand gesteckt. Manche sahen ihre laxen Praxis sogar als Standortfaktor und fuhren einen Kuschelkurs gegen die organisierte Kriminalität. Dabei liegt es auf der Hand, dass Europa es sich nicht leisten kann, Steuergelder durch Korruption, Steuerbetrug und Schmuggel zu verlieren. Es geht aber nicht alleine um verlorene Einnahmen. Mangelnde Rechtssicherheit führt auch dazu, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Vertrauen in demokratische Strukturen verlieren.

Konkrete Vorschläge

Aus den Erkenntnissen der Anhörungen und zehn Themenpapieren – von der Korruption im öffentlichen Auftragswesen bis zum Menschenhandel – entstand ein Abschlussbericht. Er wurde im Oktober 2013 vom Plenum des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit angenommen. Welche konkreten Vorschläge finden sich darin?

- Eine europäische Staatsanwaltschaft soll eingerichtet werden, die Ermittlungen aufnimmt, wenn es etwa um den Betrug mit EU-Fördergeld geht. Die erfolgreiche grenzüberschreitende Bekämpfung von entsprechenden Delikten darf nicht länger an unterschiedlichen Rechtsauffassungen oder Bürokratiehürden scheitern.
- Politiker dürfen sich nicht für Wahlen aufstellen lassen, wenn sie wegen Straftaten des organisierten Verbrechens, der Geldwäsche oder Korruption verurteilt wurden.
- Unternehmen sollen für mindestens fünf Jahre von der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen sein, wenn gegen sie ein rechtskräftiges Urteil erlassen wurde. Alleine 2010 entstanden im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens Schäden von 1,4 bis 2,2 Milliarden Euro durch Korruption – bei nur acht untersuchten EU-Staaten.
- Bürger benötigen ein garantiertes Recht auf Dokumenteneinsicht, vor allem im heiklen Bereich der Ausschreibungsverfahren, damit sich in der öffentlichen Verwaltung eine Kultur der Rechtstreue etabliert.
- Behörden sollen intensiver kooperieren beim Kampf gegen Menschenhandel. Die Gesamtzahl der Zwangsarbeiter in den EU-Mitgliedstaaten wird auf 880.000 geschätzt.

Auf die nächsten Schritte kommt es an

Der CRIM-Bericht hat die Richtung vorgegeben. Teilweise sind diese Ideen schon von der EU-Kommission aufgegriffen und in Gesetzesvorschläge gegossen worden. Jetzt liegt es am neuen Parlament, der Kommission und den Mitgliedstaaten, den Weg konsequent zu beschreiten. Nur wenn sie das eigene Haus sauber hält, kann die Europäische Union eine Vorbildfunktion für andere Regionen der Welt einnehmen.

Die SPD-Europaabgeordnete Barbara Weiler war Mitglied im Sonderausschuss zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, Korruption und Geldwäsche (CRIM)

Wird die Gründung der Europäischen Staatsanwaltschaft schließlich Wirklichkeit?

Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass die Betrugsfälle zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts in letzter Zeit beträchtlich zugenommen haben. Überhöhte Kostenansätze für Projekte, die mit EU-Mitteln finanziert werden, und die Verwendung gefälschter Belege sind inzwischen gängige Verfahren.

Die Ergebnisse, zu denen die Europäische Kommission gelangt ist, sind überaus bedauernswert.

Erstens sind die von den Behörden, einschließlich der Justizbehörden der Mitgliedstaaten, eingeleiteten Verfahren zumeist extrem langwierig.

Zweitens weisen die den EU-Haushalt betreffenden Betrugsfälle, die wirklich vor Gericht kommen, von Mitgliedsland zu Mitgliedsland beträchtliche Unterschiede auf, aber in den meisten Fällen ist der Prozentsatz gering.

Und drittens ist der Prozentsatz der Freisprüche sehr hoch. Die zuständigen Stellen der Europäischen Kommission haben festgestellt, dass die Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten häufig gar nicht das gesamte belastende Beweismaterial zusammen getragen haben, so dass die Prozessakten sehr unvollständig sind.

Derzeit untersucht das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) alle illegalen Machenschaften, die den Interessen der EU schaden. Die Arbeit des OLAF wird unter anderem durch die Lücken in den verschiedenen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten behindert. Seine Hauptzuständigkeit ist auf administrative Untersuchungen beschränkt.

Zwei weitere europäische Einrichtungen, nämlich Eurojust und Europol, erleichtern den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten. Aber alle diese Dienststellen haben eine Schwäche - einen wesentlichen Mangel: Sie können keine strafrechtliche Verfolgung einleiten.

All diese Faktoren sprechen für die Gründung einer Europäischen Staatsanwaltschaft. Artikel 86 des Vertrags sieht dieses Recht auch vor. Darin heißt es nämlich: „Zur Bekämpfung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union kann der Rat (...) ausgehend von Eurojust eine Europäische Staatsanwaltschaft einsetzen. Der Rat beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.“

Auf Initiative von Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, wurden in dieser Sache bereits beträchtliche Fortschritte erzielt. Bereits seit der litauischen Ratspräsidentschaft gibt es eine Arbeitsgruppe für die Gründung der Europäischen Staatsanwaltschaft, in der Griechenland durch den Staatsanwalt Dimitris Zimianitis vertreten ist. Aber auch wenn diese Arbeitsgruppe ihre Arbeiten bald abgeschlossen haben wird, benötigt die Gründung der Europäischen Staatsanwaltschaft noch viel Zeit. Es wird davon ausgegangen, dass die Besetzung aller notwendigen Stellen in den einzelnen Dienstgraden der Europäischen Staatsanwaltschaft noch bis 2023 dauern wird.

Unabhängig davon wird die Gründung dieser Behörde von einigen Mitgliedstaaten aber leider nicht als positiv erachtet. Während meiner Amtszeit als Mitglied des Europäischen Parlaments 2004-2009 habe ich bei Gesprächen mit Kollegen über die Förderung einer gemeinsamen europäischen Politik im Bereich des Strafrechts häufig schwerwiegende Vorbehalte erlebt, die nicht die persönliche Auffassung der Kollegen sondern den offiziellen Standpunkt ihrer Regierungen widerspiegeln. Sie machten nämlich geltend, dass ein solcher Schritt nur einen weiteren Verlust ihrer nationalen Souveränität bedeute. Vielleicht

haben sie in der Theorie sogar Recht. Aber wenn wir ein gemeinsames Europa schaffen wollen, sind solche Zugeständnisse unumgänglich.

Ioannis M. Varvitsiotis war von 2004 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und Fraktionschef der Nea Dimokratia im Europäischen Parlament.

Bhutan – Bruttonationalglück anstelle des Bruttonationalprodukts

Während sämtliche Länder danach streben, ihre materielle Produktion, also ihr BNP, zu maximieren, hat ein Land – nämlich Bhutan – beschlossen, dass das Ziel der Tätigkeit des Staates im Erreichen von „Bruttonationalglück“, oder, auf Englisch, Gross National Happiness, GNH, besteht.

Vielleicht könnte man Bhutans Glückspolitik einfach als buddhistischen Unsinn abtun, ungefähr so, wie alle Versuche in den Industrieländern, und so auch in Schweden, das BNP als Fortschrittsindikator in Frage zu stellen, für idiotisch erklärt oder als reaktionäres Rückschrittsstreben abgestempelt werden.

Und die Mehrheit der Bhutaner sind ja Buddhisten. Außerdem handelt es sich bei Bhutan um ein sehr besonderes, extrem bergiges Land mitten im Himalaya, mit knapp 700 000 Einwohnern und einem Territorium, das kleiner als das von Dänemark ist, eingeklemmt zwischen den Giganten China und Indien. Gemessen an allen üblichen Maßstäben ist Bhutan ein Entwicklungsland.

Und schließlich führen die Bhutaner den Begriff „Bruttonationalglück“ auf einen buddhistischen Führer zurück, der 1729 feststellte, dass die Regierung nur dann eine Existenzberechtigung habe, wenn sie dafür sorgen könne, dass ihr Volk glücklich sei. Außerdem wurde der Begriff „GNH“ in der heutigen Zeit 1972 weder von Forschern noch von gewählten Politikern, sondern von dem unumschränkt herrschenden König eingeführt. Als der Begriff jedoch 2008 als Leitmotiv für die Entwicklung des Landes in die Verfassung aufgenommen wurde, lag die Macht in den Händen eines demokratisch gewählten Parlaments, nachdem das alleinherrschende Königtum durch eine konstitutionelle Monarchie ersetzt worden war, durch die noch dazu das Renteneintrittsalter für den König auf 65 Jahre festgesetzt wurde.

Als ich kürzlich das Center for Bhutan studies in der Hauptstadt Thimpu besuchte, in dem ein Großteil der wissenschaftlichen Grundlagen gelegt wurde, um das „Bruttonationalglück“ von einem Schlagwort in konkretes Handeln zu verwandeln, war es den Wissenschaftlern wichtig zu unterstreichen, dass sie zwar mit den meisten bekannten BNP-Kritikern im Westen zusammenarbeiteten, sich ihr GNH-Index jedoch von den meisten westlichen Pendanten unterscheidet, indem er nicht nur erlebtes Glück messe, sondern auch handfestere Faktoren berücksichtige. In dem Text A short guide to Gross National Happiness Index („Ein kurzer Führer zum Index für das Bruttonationalglück“) wird erklärt, dass sich der bhutanische Begriff auch auf ein harmonisches Verhältnis zur Natur erstreckt, was in den westlichen Glückindizes für gewöhnlich fehle. Außerdem ist der Begriff den Bhutanern zufolge ausgesprochen vieldimensional und holistisch und fußt auf 33 Indikatoren, die in die folgenden neun Hauptkategorien eingeteilt sind: psychisches Wohlbefinden, Gesundheit, Zeitverwendung, Ausbildung, kulturelle Vielfalt und Nachhaltigkeit, gute Regierungsführung, soziale Vitalität, Lebensstandard, ökologische Vielfalt und Nachhaltigkeit. Auf der Grundlage dieser Methodik gelangte man 2010 zu dem Ergebnis, dass 8,3 % der Bhutaner sehr glücklich waren, 32,6 % relativ glücklich, 48,7 % eingeschränkt glücklich und 10,4 % unglücklich.

Ganz unbekannt war die bhutanische Glückspolitik dem Rest der Welt allerdings nicht. Man ist stolz darauf, dass man 2011 die Unterstützung der UN-Generalsversammlung für eine bhutanischen Resolutionsentwurf zum Thema Glück: Hin zu einer holistischen

Betrachtungsweise der Entwicklung erhalten hat. Und im Jahr darauf war Bhutan immerhin Gegenstand eines hochrangigen Treffens zum Thema „Wohlergehen und Glück“ im UN-Hauptquartier in New York. Man hat außerdem einen Lenkungsausschuss für ein neues Entwicklungsparadigma ins Leben gerufen und eine Sachverständigengruppe eingerichtet, in der mehr als 70 der bekanntesten Ökologieökonomien und Vertreter alternativer Entwicklungskonzepte vertreten sind, darunter Tim Jackson, Manfred Max-Neef, Vananda Shiva und Roy Wilkinson, um nur einige Namen zu nennen, die in Schweden bekannt sind. Darüber hinaus gibt es einen Sonderausschuss der Regierung für die Prüfung sämtlicher Legislativvorschläge und anderer Ideen für politische Maßnahmen in Zusammenhang mit dem GNH-Index. Konkret hat dies unter anderem dazu geführt, dass die Mitgliedschaft Bhutans in der WTO ausgesetzt wurde, da ein zu weitreichender Freihandel in Widerspruch zu einer Reihe der Glücksindikatoren geraten kann. Auch wurde die Ausbeutung der mineralischen Ressourcen des Landes aus ökologischen Gründen eingeschränkt. Beides ist natürlich in den Augen der Anhänger eines maximalen BNP-Zuwachses Ketzerei.

All dies kommt aus einem der kleinsten und bis vor kurzem am stärksten isolierten Länder der Welt. Als Schwede kann ich nicht umhin, mich den Bhutanern gegenüber zu schämen. Warum kommen ähnliche Signale nicht von unserer Machtelite? Vielleicht sind wir, wie auch die übrige so genannte entwickelte industrialisierte Welt, verblendet durch die künstlichen Verlockungen der Luxuskonsumgesellschaft. Vielleicht brauchte es hierfür ein Land, das, wie mir einige Bhutaner sagten, innerhalb weniger Jahrzehnte vom Mittelalter ins dritte Jahrtausend katapultiert wurde. Als man sich dort mit unbefangenen Kinderaugen umschaute, war vor allem die Demokratie ein Teil dessen, was man zu schätzen wusste. Folglich wurde die autokratische Königsherrschaft abgeschafft und ein Parlament auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts geschaffen. Auch die Gleichstellung ist mit bhutanischen Augen betrachtet etwas Wichtiges und Positives, weshalb man es als problematisch empfand, dass in diesem 2013 gewählten Parlament nur 8 % der Abgeordneten Frauen sind, wobei hier noch dazu ein Abwärtstrend zu verzeichnen ist. Folglich wurde kurz darauf mit dänischer Unterstützung und unter Teilnahme dänischer Sachverständiger eine große Konferenz für Politiker und Beamte über die Einführung einer Quotenregelung und andere Verfahren zur Steigerung des Frauenanteils in den beschlussfassenden politischen Gremien organisiert.

Der rohe westliche Materialismus hat die Bhutaner hingegen erschreckt. Hierbei ist deren buddhistische Lebensauffassung sicherlich von gewisser Bedeutung. Im offiziellen Bericht des Königreichs Bhutan von 2013 zum Thema Glück – hin zu einem neuen Entwicklungsparadigma spielt der Buddhismus jedoch lediglich eine Nebenrolle. Stattdessen geht es hier um Kritik an den Mängeln des BNP als Maß für den Fortschritt und um Nachhaltigkeit, also um Ideen und Begriffe, die im vergangenen Jahrzehnt auch im Westen aufgekommen sind. Der große Unterschied ist, dass diese Art von Argumentation von der hiesigen Machtelite als Gipfel der Verwirrtheit betrachtet wird, während die politischen Führer in Bhutan sie als Gipfel der Weisheit ansehen. Ist es tatsächlich möglich, dass Bhutan Erkenntnisse über den Wert des Lebens gewonnen hat, die dem Großteil der heutigen politischen Klasse in Schweden entgangen sind?

Per Gahrton

Weitere Informationen über das bhutanische Bruttonationalglück:

www.bhutanstudies.org.bt

www.grossnationalhappiness.com

Äthiopien- hindert die Gläubigkeit die wirtschaftliche Entwicklung ?

Das frühere Abessinien, das seit dem 4. Jahrhundert koptisch-christlich ist, zeigt mit seine 180 Feiertagen im Jahr und zusätzlichen 4 Monaten Schulferien in der sog. Regenzeit, dass die Bereitschaft schlechte Lebensbedingungen in christlicher Duldsamkeit zu ertragen, dem Antrieb zur wirtschaftlichen Entwicklung entgegensteht.

Auch wenn gerade in den letzten 15 Jahren durch europäische Entwicklungshilfe einiges erreicht wurde, zeigt sich der Gruppe Konrad-Adenauer Stiftung, mit der ich Entwicklungsprojekte besichtigte, dass die tagelangen Prozessionen, wie zum 3-tägigen Tinka Fest im Januar nur das klägliche Leben übertünchen.

Jetzt ,wo in dem Land nach dem Roten-Terror 1974-91 erträgliche politische Verhältnisse entstanden sind mit einer stabilen Verwaltung, und auch die Grenzstreitigkeiten wie zu Eritrea 1999-2002 (6000 Flüchtlinge) sich beruhigt haben, könnte die eigene Entwicklung in Gang kommen. Aber bisher hängt das Land am Entwicklungshilfe-Tropf mit ca 40% seines Sozialprodukts. Das starke Bevölkerungswachstum der heute schon 81 Millionen rechtfertigt sicher auch große Investitionen, obwohl Großprojekte, wie teure Hospitäler leicht zu Investitionsruinen werden, da weder die Ärzte und Schwestern bereit stehen noch die Folgekosten schon gar nicht von den Benutzern gezahlt werden können.

Lässt sich die hohe Arbeitslosigkeit mit mehr Bildung bekämpfen? Unser Besuch von Universitäten zeigte, dass vermehrt einfache Bildungsabschlüsse, wie Batchelor angestrebt werden, und doch, weil häufig in nicht-technischen Fächern, nach den Examina keine Jobs gefunden werden. Der Hotelmanager verdiente 50 \$ im Monat, da es so viele von seiner Art gäbe.

Führen, wie in Tunesien viel Akademiker zu hoher Arbeitslosigkeit? sind die Märkte offen für selbständige Existenzen, die sich in den Nischen handwerkliche Jobs suchen?

Bei der Abgelegenheit dieses riesigen Landes mit den höchsten Bergen (50% über 1200 m hoch, viele 4000er) ist allein die topographische Entfernung und Abgelegenheit für größere Investitionen an einer Stelle ungünstig. Die noch nicht ganz sicheren Grenzen zu Somali, Süd.Sudan, Dschibuti und Wasserstreitigkeiten mit Ägypten lassen Investitionen dort nicht zu.

Die herrschende Regierungspartei EPRDF Ehtioipan Peoples Revolutions Democratic Front, die nach den kommunistische Grausamkeiten des Mengistu 74-91 jetzt fast alleine herrscht, konnte nicht verhindern, dass eine schon gewählte Opposition aus Protest nicht in das Parlament einzog. Jetzt besetzt sie nach den Parlamentswahlen von 2010 244 von 246 Sitzen, und findet das ganz gerecht und bequem.

Man wünscht dem schönen Land am Blauen Nil ein zunehmende auch demokratische Entwicklung , eine nachhaltige Landbewirtschaftung und mehr Einsicht, dass solange die große Mehrheit der Bevölkerung in Hütten lebt, aus Latten und Lehm mit Stroh durch Kuhmist zusammen gehalten, die große Religiosität die weitere Entwicklung nicht behindert. Sie ist vielleicht einem Leben im Jenseits aber nicht im Diesseits zuträglich.

Ursula Braun-Moser
PPE-DE (1984-1994)

Champagnernacht mit Michael

Es war einer dieser Tage in den 1990er Jahren, an denen man besser nicht aufstehen würde. Schon in Brüssel ging tagsüber alles schief, und nur mit hängender Zunge konnte ich noch den letzten Zug nach Amsterdam erreichen, wo inzwischen schon die Paritätische Versammlung AKP/EG (so hiess sie damals noch) begonnen hatte. Unterwegs fiel die Anspannung etwas von mir ab, Vorfreude auf ein Fünf-Sterne-Hotelzimmer, eine heisse Dusche und ein schönes Glas Wein mit Kollegen als Absacker stellte sich ein. Umso grösser war das Entsetzen, als man mir an der Rezeption eröffnete, man könne mir leider, leider, leider kein Zimmer geben, da eine ganze Etage wegen eines Wasserrohrbuchs unbewohnbar geworden sei. Man habe aber bereits eine Alternative gleichen Standards für mich gefunden, die Taxikosten werde man selbstverständlich übernehmen.

Nach dieser niederschmetternden Nachricht war ich kurz davor, die Contenance zu verlieren., als ich Michael Mc Gowen auf mich zukommen sah. Er begriff sofort, dass ich am Ende war, nahm mich in den Arm und dirigierte mich sanft in die Hotelbar, bestellte zwei Gläser Champagner und liess sich mein Elend erzählen. Es blieb nicht bei dem einen Glas, und schliesslich konnte ich auch wieder lachen, denn Michael hatte allerlei Kurioses aus der AKP-Versammlung zu berichten, die in einem exotischen Museum inmitten von ausgestopften Tieren bis zur Giraffengrösse stattfand und vor allem den Dolmetschern das Leben schwer machten. Er hatte nicht übertrieben, wie ich in den nächsten Tagen selbst feststellen konnte.

So aufgemuntert, machte ich mich todmüde mit einem Taxi auf dem Weg zu meinem Ersatzhotel, fiel ins Bett und schlief wie ein Stein. Das

einsame Frühstück am Morgen wurde mir versüsst durch die Nachricht, in könne sofort ins Tagungshotel umziehen. Lieber Michael, bis heute bin ich Dir dankbar, dass Du mich wieder aufgerichtet hast. Das werde ich Dir nie vergessen!

P.S.: Das Museum hatte einen tollen Shop mit wunderbarem exotischem Schmuck, an dem ich nicht vorbei gehen konnte. Einige Jahre hatte ich Freude daran, dann wurde er leider bei einem Wohnungseinbruch geklaut.

Die abenteuerlichen Tagungsbedingungen führten zu dem Beschluss der europäischen Delegierten, über Jahre nur noch in Brüssel zu tagen, wo wir über alle Fazilitäten verfügten. Allerdings zum Leidwesen, der AKP-Seite, die von Europa mehr kennenlernen wollte als nur einen Sitzungsort des Europäischen Parlamentes. Damit hat sie sich schliesslich zu Recht durchgesetzt.

Karin Junker
PSE (1989-2004)